



FRANK DÄRCHINGER

Seibert



JUERGEN SCHWARZ / REUTERS / ELANGE-MEDIA

Sengera

WEST-LB

Abfindungen in Millionenhöhe

Jürgen Sengera, Ex-Vorstandschef der WestLB, und sein Vorstandskollege Andreas Seibert können mit Abfindungen von jeweils rund drei Millionen Euro rechnen, obwohl sie am 23. Juni auf Veranlassung der Finanzaufsicht BAFin beurlaubt wurden. „Die Arbeitsverträge werden erfüllt“, sagt der WestLB-Aufsichtsratsvorsitzende Bernd Lüthje. Da beide Vorstände Verträge bis 2006 haben, können sie damit rechnen, dass ihnen ihre Gehälter bis dahin ausgezahlt werden. Es habe keinen Grund zur fristlosen Kündigung gegeben, meint Lüthje. Beiden sei weder Fahrlässigkeit noch mangelnde Sorgfaltspflicht vorzuwerfen. Das Urteil der amtlichen Prüfer der BAFin sieht an-

ders aus: Sie werfen Sengera und Seibert vor, den Kreditausschuss des Aufsichtsrats „in wesentlichen Teilen unzutreffend“ über das Kreditengagement bei dem britischen Leasing-Unternehmen Boxclever unterrichtet zu haben, das bisher zu Wertberichtigungen von über 600 Millionen Euro führte. So verwies Sengera am 9. März 2000 im Kreditausschuss auf die Errichtung eines Bardepots von 200 Millionen Pfund. Tatsächlich war diese interne Auflage, so der Prüfbericht, durch den Vorstandsbeschluss vom 14. Dezember 1999 aufgehoben worden. Seibert behauptete im Kreditausschuss am 14. Februar 2002, dass bei der Platzierung so genannter Notes am Kapitalmarkt keine Probleme zu erwarten seien. Dabei hatte eine britische Bank ausweislich ihm zugänglicher Unterlagen zu diesem Zeitpunkt kein Interesse mehr. Am 25. April 2002 legte die Innenrevision der WestLB, so belegen interne Unterlagen, dem zuständigen Vorstand Seibert einen detaillierten Prüfbericht über „erhöhte latente Risiken“ bei Boxclever vor. Der fand es nicht einmal nötig, seinen Vorstandskollegen den Bericht zukommen zu lassen oder eine effizientere Risikokontrolle einzusetzen.

ARBEITSÄMTER

Kommunale Projekte auf dem Prüfstand

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA) geht gegen kommunale Beschäftigungsprojekte vor, mit denen



MARCUS FÜHRER / DPA

Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg

sich Städte und Gemeinden von den Kosten der Arbeitslosigkeit zu entlasten versuchen. So haben die Kommunen zuletzt verstärkt Sozialhilfeempfänger in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geschickt, die genau ein Jahr dauerten. Damit galten die Teilnehmer als Arbeitnehmer; sie hatten Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und fielen nicht mehr der kommunalen Sozialhilfe zur Last. Nun hat die Nürnberger Behörde ihre Ämter angewiesen, solche Projekte genauer zu überprüfen. Enthalten sie einen zu hohen Anteil an Fortbildungszeiten, werden sie nicht mehr als Beschäftigungsverhältnis anerkannt. Schlecht für die Betroffenen: Sie bekommen kein Arbeitslosengeld, sondern müssen erneut Sozialhilfe beantragen. Vorteil für die BA: Die Teilnehmer werden vielfach nicht mehr als arbeitslos gezählt.

IG METALL

Düvel geht

In der IG Metall zeichnet sich eine Personalrochade ab. Einer der Hauptverantwortlichen für das Streikdesaster in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie, der Berliner Bezirksleiter Hasso Düvel, tritt nach dem außerordentlichen Gewerkschaftstag Ende August zurück – und soll durch einen anderen Hauptverantwortlichen des Streiks, den Cheftarifpolitiker in der Frankfurter Zentrale, Armin Schild, ersetzt werden. Schild erfüllt vor allem eine Voraussetzung für den neuen Posten: Er ist ein enger Vertrauter des designierten IG-Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters.



SVEN KAESTNER / AP

Düvel